

## DREI FRAGEN AN ...

---

### ... Konrad Freiberg, GdP-Vorsitzender



*Würden Sie ein NPD-Verbot begrüßen?*

Ein NPD-Verbot wäre für die polizeiliche Arbeit ein wirklicher Fortschritt. Die NPD hätte kein Staatsgeld mehr aus der Parteienfinanzierung zur Verfügung.

Die rechte Szene wäre damit handlungsunfähiger. Sie verlöre das Schein-Gütesiegel, eine nicht verbotene, also eine demokratische Partei zu sein. Das polizeiliche Verbot von Versammlungen wäre einfacher durchzusetzen, wenn keine legale Partei als Veranstalter zur Verfügung stünde.

*Ein Verbotsverfahren setzt den Abzug der V-Leute aus der NPD-Spitze voraus. Wäre dieser Info-Verlust die Sache wert?*

Das ist eine ganz schwierige Abwägung. Bisher verfügen wir durch V-Leute über relativ gute Informationen aus der Szene, wissen häufig vorab von Aktionen, Konzerten und Größenordnungen rechtsradikaler Gruppen Bescheid. Aber ich bin sicher, dass es einen gangbaren Mittelweg zwischen den Auflagen des Verfassungsgerichts und der Informationsnotwendigkeit für die Sicherheitsbehörden gibt.

*Wie empfinden Sie die öffentliche Nach-MügelN-Debatte?*

Nach jedem Vorfall mit rechtsextremen Bezug wiederholt sich die gesellschaftliche Empörung. Keiner kann leugnen, dass in Deutschland der Rechtsextremismus erstarkt ist. Jetzt soll es fünf Millionen Euro mehr für Programme zur vorbeugenden Abwehr rechtsradikaler Umtriebe geben. Das ist gut und schön. Aber keiner kann wirklich annehmen, dass sich damit der Rechtsextremismus eindämmen ließe. Wir alle, die ganze Gesellschaft, muss sich dieses Problems annehmen. Es muss Schluss damit sein, dass die Verantwortung immer auf irgendwelche Teilgruppen verlagert wird, schon gar nicht auf die Polizei, die im Notfall immer da ist.

Interview: Dieter Wonka